

22/1999

Die Renten müssen langfristig verlässlich bleiben

Zur Vorstellung der Renten-Kampagne der CDU erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Im Bundestagswahlkampf hat die SPD millionenfach eine sogenannte „Garantiekarte“ verteilt, auf der Schröder neun Versprechen macht. „Bewahren Sie diese Karte auf, und Sie werden sehen, daß wir halten, was wir versprechen“, heißt es dort. Wir haben diese Karte aufbewahrt, und wir stellen fest: Die SPD ist nach dem Motto „versprochen – gebrochen“ vorgegangen. Dies lassen wir ihr nicht durchgehen. Deshalb decken wir mit einer eigenen Karte die gebrochenen Wahlversprechen auf.

Am unverfrorensten aber wiegt Schröders Wortbruch zur Rente: Erst bezeichnet er im Bundestagswahlkampf unser Konzept des demographischen Faktors als „unanständig“ und macht im Hauruck-Verfahren unsere auf Berechenbarkeit und Verlässlichkeit ausgerichtete Rentenreform rückgängig. Dann sagt er noch am 17. Februar wörtlich: „Ich stehe dafür, daß die Renten steigen wie die Nettoeinkommen“, um sich jetzt, nur vier Monate später, nicht mehr darum zu scheren. Hemmungslos bricht er sein Versprechen. Aber Herr Schröder sollte nicht vergessen: Lügen haben kurze Beine. Wortbruch und Willkür sind keine Grundlage für eine Rentenreform.

Damit aber auch nicht übersehen wird, woran man bei Schröder ist, liefert er in diesen Tagen noch gleich sein Verständnis von Gemeinwohl und sogenannten Partikular-

**Lügen
HABEN
KURZE
BEINE.**

„Ich stehe dafür, daß die Renten steigen wie die Nettoeinkommen.“
Gerhard Schröder, 17. Februar 1999



Aktionsplakat

interessen – damit meint er die Vielfalt der Verbände in unserem Land – nach. Mit kaum zu überbietender Arroganz – Schröder

Fortsetzung auf Seite 3

Kurz & gut

Auch die CSU macht Renten zum zentralen Thema

Permanent verstoßen Schröder und die rot-grüne Koalition gegen das Prinzip der Glaubwürdigkeit. Den „gravierendsten Fall“ und „glatten Wahlbetrug“ hat nach einer Präsidentschaftsumsetzung in München der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber die geplante Kürzung der Rentensteigerung genannt.

Mehrheit gegen Bonner Rentenpläne

Wie eine Forsa-Umfrage ergab, halten es 58 Prozent der Befragten für falsch, daß die Renten in den nächsten zwei Jahren nur in Höhe des Inflationsausgleichs steigen sollen. Jeder vierte ist dagegen, daß auch Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht mehr wie die Nettolöhne steigen.

Klimmt lenkt bereits ein

Das SPD-regierte Saarland lehnt Riesters Rentenpläne ab und will gegebenenfalls im Bundesrat dagegenstimmen. Das hat Ministerpräsident Reinhard Klimmt nach einer Sitzung des Landeskabinetts in Saarbrücken angekündigt: Das Prinzip Anpassung der Renten an die Nettolöhne dürfe nicht verändert werden.

Am 5. Sept. gute Chancen für die CDU

Die seit 1985 im Saarland regierenden Sozialdemokraten können abgelöst werden. 46 Prozent wollen nach einer Infratest-dimap-Umfrage bei der nächsten Landtagswahl CDU wählen und nur 42 Prozent SPD.

CDU-Kampagne: Gegen Rentenbetrug und Rentenwillkür

Generalsekretärin Angela Merkel: ● Wir werden die Frage der Glaubwürdigkeit an die Abgeordneten von SPD und Grünen

stellen. ● Wir werden auf Aktionstagen das Thema Rente und die Rentenwillkür der Schröder-Regierung diskutieren. ● Wir werden den

Wählerinnen und Wählern deutlich machen, was nach dem Willen der Bundesregierung in Sachen Rente auf sie zukommt. ● Wir werden

Zielgruppengespräche führen – mit Älteren, aber auch mit Jüngeren, mit Arbeitslosen, mit Stadträten und Verantwortlichen in den Verwaltun-

gen. Die Kommunen würden nämlich erhebliche Belastungen verkräften müssen, wenn Riesters Rentenpläne Gesetz werden sollten.

CDU

DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE

NR.
22

Wenn systematischer Betrug am Wähler als Reformpolitik ausgegeben wird – wer will dann noch länger etwas von Reformen hören?

Den Rentnern wird rund eine Monatsrente gestohlen

Arbeitsminister Riester will die Renten im Jahr 2000 nur um 0,7 Prozent, im Jahr 2001 nur um 1,6 Prozent erhöhen, also um jeweils rund zwei Prozent unter dem jeweiligen Anstieg der Nettolöhne.

Er erwartet davon Haushaltsentlastungen im Finanzplanungszeitraum bis 2003 in Höhe von insgesamt 25,8 Milliarden Mark.

Da der Bundesanteil an den Rentenzahlungen lediglich bei etwa 20 Prozent liegt, bedeutet dies insgesamt Rentenkürzungen von ca. 120 Milliarden Mark.

Faustregel: Den Rentnern wird rund eine Monatsrente gestohlen!

Die Rentner haben mit ihren erheblichen Beitragszahlungen – einschließlich der Beiträge, die die Arbeitgeber entrichten – den Anspruch auf eine lebensstandardsichernde Rente erworben, die laufend an

die Entwicklung der Nettolöhne anzupassen ist.

Dietrich Austermann, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Wenn der Anpassungsmodus nunmehr in wenigen Jahren so verändert wird, daß sich gegenüber dem an sich zu stehenden Betrag eine Kürzung um fast eine Monatsrente ergibt, dann ist das keine soziale Politik mehr.“

Wolfgang Schäuble: *Nach wenigen Monaten Rot-Grün wissen nahezu alle: die Wähler, die Rentner, die Beitragszahler, die Autofahrer und die Energieverbraucher, was von den Verheißungen der SPD zu halten ist: Nichts.*

Noch am 17. Februar...

... erklärte der Bundeskanzler in aller Öffentlichkeit: „**Ich stehe dafür, daß die Renten auch in Zukunft so steigen wie die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer.**“ – Dieses Wahlversprechen hat

Schröder gebrochen. Die „Rente nach Kassenlage“ wird Realität, und der Vorwurf der „sozialen Kälte“, mit dem Rot-Grün gegen die Regierung Kohl polemisierte, fällt auf die Urheber zurück.

Oppositionspflicht

„CDU und CSU wären pflichtvergessen, wenn sie **jetzt** nicht die Empörung über die rot-grünen Rentenpläne kanalisieren würden. Dem dient die angekündigte Reusen-Kampagne. Es liegt in der

Logik der Sache, daß die bevorstehenden Landtagswahlen auch zu einer Abstimmung über den plötzlichen Politikwechsel Schröders in Sachen Rente werden.“ **Neue Osnabrücker Zeitung**

Fortsetzung von Seite 1

ders Auftritt auf dem Bauernntag gab hier- von nur einen kleinen Eindruck – und of- fensichtlich im Sinne des Wortes „Der Staat bin ich“ betreibt er eine Politik nach dem Motto „Wer nicht für mich ist, ist ge- gen mich“.

Gemeinwohl aber ist nicht das, was einer glaubt, nach Gutsherrenart allein für sich definieren zu können. Gemeinwohlorien- tierte Politik ist die Fähigkeit, einen In- teressenausgleich zwischen den verschie- denen gesellschaftlichen Gruppen – in Schröders Vokabular „partikularen“ In- teressen – herzustellen. Das war und ist das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirt- schaft. Das ist die Grundlage notwendiger Reformen für unser Land. Das muß auch die Grundlage einer zukunftsgerichteten Rentenpolitik sein.

Mit einer Rente nach Kassenlage aber setzt Schröder die Reformbereitschaft in Deutschland und das Vertrauen der Bürger in die Politik aufs Spiel. Denn Rentenpoli- tik ist Vertrauenssache. Auch für die Rente

gilt: Reformen muß man richtig machen. Deshalb hat das CDU-Präsidium am 28. Juni eine Kampagne gegen Schröders Rentenwillkür und für verlässliche Refor- men beschlossen:

■ In einem Brief an alle Rentnerinnen und Rentner, der in einer Auflage von sie- ben Millionen in den nächsten Wochen dezentral über die Kreisverbände auf Stän- den und direkt in Haushalte verteilt wird, nennt Wolfgang Schäuble Schröders Wort- bruch und Rentenwillkür beim Namen und wirbt gleichzeitig für eine Rentenpolitik, die Alten und Jungen gleichermaßen Sicher- heit gibt.

■ Vom 1. August bis 30. September wer- den wir hierzu auch Anzeigen schalten und unser Plakat in den Landeshauptstäd- ten auf kommerziellen Großflächen plaka- tieren.

■ Damit die Menschen auch mit uns ins Gespräch kommen können, werden wir vom 1. August bis 30. September eine Telefon-Hotline einrichten. Ebenfalls vom 1. August bis 30. September 1999 können ▶

● Renten-Kampagne

Die CDU fordert Rückkehr zu Vernunft und Gerechtigkeit in der Rentenpolitik. Seite 5

Angela Merkel: Helfen Sie nach Kräften, daß die Aktion ein Erfolg wird. Seite 7

Aktions-Tips zur Renten-Kampagne. Seite 10/11

So kann man mit Menschen, die ein Leben lang hart gear- beitet haben, nicht umgehen. So hat es die SPD noch im letzten Jahr gesehen. Seite 12

● Berufliche Bildung

Rainer Jork zum Berufsbil- dungsbericht 1999: Gute Bilanz der alten Bundesregie- rung. Seite 17

HEUTE AKTUELL

● Bundesregierung

Hans-Peter Repnik: Jede Menge politisches Porzellan zerschlagen. Seite 18

● Gesundheit

Wolfgang Lohmann: Kein guter Tag für Patienten und Mitarbeiter im Gesundheits- wesen. Seite 20

● Landwirtschaft

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr: Schröder - an Arroganz nicht zu überbieten. Seite 21

● Energiepolitik

Rot-grüner Ausstieg aus der Kernenergie: Verstoß, verschoben und ohne Ge- samtkonzept. Seite 22

● Zukunftsforum

Kulturpolitischer Kongreß in Weimar: Unsere reiche Kul- turlandschaft soll möglichst viele zum Teilhaben und Mit- machen anregen. Seite 24/25

● CDU Rheinl.-Pfalz

Die Zustimmung wächst von Wahl zu Wahl. Seite 27

● CDU Thüringen

Top mit Bernhard Vogel. Be- richt vom 11. Landespartei- tag in Gera. Seite 28

● Dokumentation

50 Jahre Demokratie – Dank an Bonn. Rede des Bundes- kanzlers a.D. Helmut Kohl in der letzten Sitzung des Deut- schen Bundestags in Bonn am 1. Juli. Innenteil

Kein Durchbruch

Zu den Arbeitsmarktzahlen des Monats Juni erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt gibt immer noch Anlaß zur Sorge. Zwar sinken die Arbeitslosenzahlen im Juni leicht gegenüber dem Vormonat um knapp 60.000. Saisonbereinigt steigt jedoch die Zahl der arbeitslosen Menschen in Deutschland gegenüber Mai um ca. 15.000. Im Vorjahresvergleich war die Arbeitslosenzahl saisonbereinigt noch um 49.000 gesunken.

Es ist der Schröder-Regierung bislang nicht gelungen, einen Durchbruch beim Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Das Bündnis für Arbeit dümpelt ohne konkrete Ergebnisse vor sich hin. Eichels Sparmaßnahmen greifen notwendige Investitionen im Verkehrs- und Verteidigungshaushalt und beim Aufbau Ost an. Die Unternehmenssteuerreform kommt viel zu spät und ist unausgegoren und zögerlich. Die geplante Steuerreform und die Ökosteuern bela-

sten die Bürger und Unternehmer in der Summe statt sie zu entlasten. Nicht zu vergessen sind hierbei die katastrophalen Auswirkungen des Gesetzes gegen die Scheinselbständigkeit und das 630-Mark-Gesetz. Notwendige Investitionen der Unternehmen in die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen werden so mit Sicherheit nicht gefördert. Die Politik der Schröder-Regierung erweist sich als Flop bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir brauchen endlich eine verantwortungsvolle und verlässliche Reformpolitik in Deutschland, wie zum Beispiel eine Steuerreform, die Unternehmen und Bürger schnellstens wirklich entlastet, den Abbau der Bürokratie und eine Reform der Rente, die Jung und Alt Verlässlichkeit statt Manipulation und Willkür bietet. Auch hier gilt der Satz an die Adresse der Schröder-Regierung: Reformen muß man richtig machen.

per Fax-Abruf weitere Informationen zur Rentenpolitik erhalten werden.

■ Am Samstag, dem 28. August, werden wir im Rahmen unserer Kampagne einen bundesweiten Aktionstag der CDU Deutschlands durchführen. In ganz Deutschland werden sich die Kreisverbände an Informationsständen gegen die Willkürpolitik der Schröder-Regierung wenden und für wirksame und faire Reformen eintreten.

■ Die unions-geführten Bundesländer bringen in die nächste Sitzung des Bundesrates eine gemeinsame Entschließung gegen die Rentenpläne der rot-grünen

Bundesregierung ein. Stolpe, Klimmt und Co. müssen Farbe bekennen.

Wir fordern eine Rückkehr zur Vernunft und Gerechtigkeit in der Rentenpolitik. Wir wollen eine faire und langfristig verlässliche Rente, die Alten und Jungen Sicherheit gibt. Schröder muß und wird erkennen, daß dies nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gelingen kann, die den Namen Gemeinwohl verdient und nicht verhöhnt.

Die CDU Deutschlands wird mit dieser Kampagne einmal mehr unter Beweis stellen, daß sie mitten im Leben steht. ■

Die CDU fordert Rückkehr zu Vernunft und Gerechtigkeit in der Rentenpolitik

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

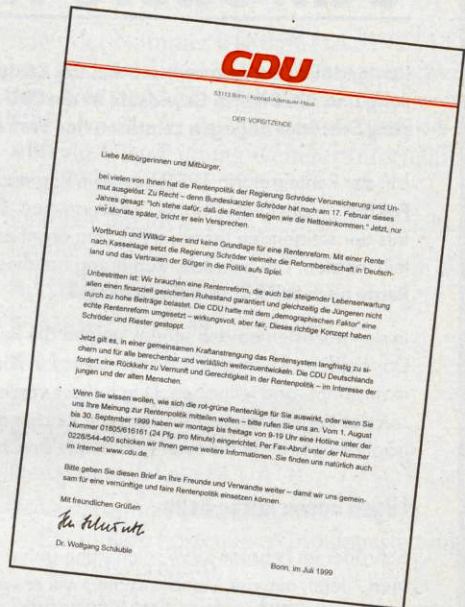
bei vielen von Ihnen hat die Rentenpolitik der Regierung Schröder Verunsicherung und Unmut ausgelöst. Zu Recht – denn Bundeskanzler Schröder hat noch am 17. Februar dieses Jahres gesagt: „Ich stehe dafür, daß die Renten steigen wie die Nettoeinkommen.“ Jetzt, nur vier Monate später, bricht er sein Versprechen.

Wortbruch und Willkür aber sind keine Grundlage für eine Rentenreform. Mit einer Rente nach Kassenlage setzt die Regierung Schröder vielmehr die Reformbereitschaft in Deutschland und das Vertrauen der Bürger in die Politik aufs Spiel.

Unbestritten ist: Wir brauchen eine Rentenreform, die auch bei steigender Lebenserwartung allen einen finanziell gesicherten Ruhestand garantiert und gleichzeitig die Jüngeren nicht durch zu hohe Beiträge belastet. Die CDU hatte mit dem „demographischen Faktor“ eine echte Rentenreform umgesetzt – wirkungsvoll, aber fair. Dieses richtige Konzept haben Schröder und Riester gestoppt.

Jetzt gilt es, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung das Rentensystem langfristig zu sichern und für alle berechenbar und verlässlich weiterzuentwickeln. Die CDU Deutschlands fordert eine Rückkehr zu Vernunft und Gerechtigkeit in der Rentenpolitik – im Interesse der jungen und der alten Menschen.

Wenn Sie wissen wollen, wie sich die rot-grüne Rentenlüge für Sie auswirkt, oder wenn Sie uns Ihre Meinung zur Rentenpolitik mitteilen wollen – bitte rufen Sie uns



an. Vom 1. August bis 30. September 1999 haben wir montags bis freitags von 9-19 Uhr eine Hotline unter der Nummer **01805/61 61 61** (24 Pfg. pro Minute) eingerichtet. Per Fax-Abwurf unter der Nummer **0228/544-400** schicken wir Ihnen gerne weitere Informationen. Sie finden uns natürlich auch im Internet: www.cdu.de.

Bitte geben Sie diesen Brief an Ihre Freunde und Verwandte weiter – damit wir uns gemeinsam für eine vernünftige und faire Rentenpolitik einsetzen können.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Schäuble

Dr. Wolfgang Schäuble

Bonn, im Juli 1999

Schröders Rentenbetrug

Rentenpolitik ist Vertrauenssache. Die Rente muß verlässlich und berechenbar sein – für Jung und Alt. Diesem Grundsatz ist die CDU immer gefolgt. Die Rentenpläne der Regierung Schröder dagegen zerstören das Vertrauen der Menschen in unser Rentensystem.

Mit der Rentenreform 1999 hatte die Regierung Helmut Kohl einen „**demographischen Faktor**“ in die Rentenformel aufgenommen. Damit sollten die zusätzlichen Lasten, die sich aus der steigenden Lebenserwartung ergeben, gerecht auf Rentner und Beitragszahler verteilt werden. Die Schröder-Regierung hat diese Regelung einfach ausgesetzt. **Jetzt gibt es Rente nach Willkür und Kassenlage!**

In den nächsten beiden Jahren steigen die Renten nämlich nur noch wie die Inflationsrate. Das heißt im Klartext: Die Rentner werden künftig nicht mehr an der Wohlstandsentwicklung in unserem Land teilhaben. Durch diese **realen Null-Runden** soll den Rentnern in zwei Jahren das zugemutet werden, was die Reform der CDU-geführten Bundesregierung sozialverträglich über mehr als zwei Jahrzehnte strecken wollte.

Lügen haben kurze Beine

Schröder im Februar 1999: „Ich stehe dafür, daß die Renten steigen wie die Nettoeinkommen.“ Jetzt, nur vier Monate später, will er von seinem Versprechen nichts mehr wissen und manipuliert die Renten nach Gutdünken. **Das ist Wortbruch!**

Und nicht genug damit: Denn außerdem werden die Rentner durch die **Ökosteuer** noch zusätzlich belastet. Ein durchschnittlicher Rentnerhaushalt muß bereits jetzt – in der ersten Stufe der Ökosteuer – monatlich rund 20 DM mehr für Strom, Heizöl und Benzin ausgeben.

Die CDU hatte mit ihrer Rentenreform 1999 eine solide Grundlage für die Zukunft der Rentenversicherung geschaffen. Mittel- und langfristige Einsparungen sollten dem Rentensystem zugute kommen und den Generationenvertrag stärken. Die Regierung Schröder weicht von diesem richtigen Kurs ab und steckt die Hälfte des Sparbetrages aus den willkürlichen Rentenkürzungen in die Bundeskasse. Das bedeutet: **Haushaltssanierung auf dem Rücken der Rentner!**

„Wortbruch und Willkür sind keine Grundlage für eine Rentenreform. Die CDU Deutschlands fordert eine Rückkehr zu Vernunft und Gerechtigkeit in der Rentenpolitik – im Interesse der jungen und der alten Menschen.“

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU Deutschlands

CDU

Helfen Sie nach Kräften mit, daß die Aktion ein Erfolg wird

Das CDU-Präsidium hat am 28. Juni beschlossen, zur Rentenpolitik eine breitangelegte Aktion zu starten. Dabei steht ein Brief des Parteivorstandes an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger über 60 Jahre im Mittelpunkt.

Die Bundesgeschäftsstelle bietet im Rahmen dieser Kampagne folgende Dienstleistungen an:

- Jeder Kreisverband erhält kostenlos in der jeweils gewünschten Anzahl kuvertierte Briefe.

- Sofern Sie der Bundesgeschäftsstelle Adressen von Senioren auf Datenträgern übermitteln, können wir die Briefe zum Preis von 15,00 DM/1000 Stück mit Etiketten versehen und Ihnen wieder zur Verteilung bzw. zum Versand zur Verfügung stellen.

Die Landesverbände, die in diesem Jahr noch eine Landtagswahl haben, können – soweit dies in entsprechenden Landesgesetzen vorgesehen ist – die Adressen sechs Monate vor dem Wahltermin aktuell beschaffen. Dazu müssen sich die Kreisverbände an die entsprechenden Gemeindeämter wenden. Gleiches gilt für die Landesverbände, in denen noch Kommunalwahlen stattfinden.

- Die CDU-Bundesgeschäftsstelle wird von August bis September für die Bürger

unter der Nummer **01805/61 61 61** (24 Pf pro Minute) eine Hotline montags bis freitags von 09.00 bis 19.00 Uhr sowie einen Fax-Abruf unter der Nummer **0228/544-400** zur Übersendung weiterer Informationen einrichten.

Darüber hinaus gibt es weitere Materialien für die Aktion:

- ▶ Faltblatt
- ▶ Musteranzeigen
- ▶ Flugblattvorlage
- ▶ Aktionsleitfaden
- ▶ Wandzeitung
- ▶ Aktionsplakate (A1/A0)
- ▶ Verteilmittel „Garantiekarte“ (1000 Exemplare kostenlose Grundausstattung je Kreisverband)

Weitere Informationen finden Sie in unserem InfoNet.

Aus Kostengründen ist es uns leider nicht möglich, den Brief an die Rentnerinnen und Rentner zentral zu verschicken. Wir sind deshalb bei der Verteilung der Briefe auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Generalsekretärin Angela Merkel: Ich bitte Sie alle, helfen Sie nach Kräften mit, daß diese Aktion wieder erfolgreich verläuft. Einmal mehr können wir dokumentieren, die CDU steht mitten im Leben.

Nutzen Sie für Bestellungen von „Garantiekarte“, Faltblatt und Aktionsplakat in den Größen A1 und A0 den Bestellschein auf Seite 31. – Musteranzeigen, Flugblattvorlage und Aktionsleitfaden („Aktions-Tips“) werden den Kreisgeschäftsstellen zugeschickt und stehen auch im InfoNet zur Verfügung.

Die Rente muß verlässlich und berechenbar sein – für Jung und Alt. Diesem Grundsatz ist die CDU immer gefolgt.

Rentenpolitik ist Vertrauenssache

Wenn sich der Altersaufbau der Bevölkerung verändert, muß die Rentenversicherung angepaßt werden. Denn sonst werden die Beitragszahler überlastet und wird ein Abbau der Arbeitslosigkeit verhindert. Deshalb hatte die Regierung Helmut Kohl in die Rentenformel einen sogenannten demographischen Faktor eingebaut: Die zusätzlichen Lasten, die sich aus der steigenden Lebenserwartung ergeben, sollten gerecht auf Rentner und Beitragszahler verteilt werden.

Dadurch wären die Renten nicht gesunken, jedoch etwas langsamer angestiegen – und zwar um durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte pro Jahr. Die Rentner hätten auf diese Weise einen Beitrag zur Sicherung des Generationenvertrages geleistet.

Null-Runden für Rentner

Die Schröder-Regierung hat diese Regelung ausgesetzt und dafür eine Rente nach Kassenlage eingeführt: In den nächsten beiden Jahren steigen die Renten nicht mehr wie bisher entsprechend den Nettolöhnen der Arbeitnehmer, sondern nur noch wie die Inflationsrate. Das heißt: Die Rentner werden nicht mehr an der Wohlstandsentwicklung in unserem Land teilhaben.

Durch diese realen Null-Runden soll den Rentnern innerhalb von zwei Jahren das zugemutet werden, was die Reform der CDU-geführten Bundesregierung sozialvertraglich über mehr als zwei Jahrzehnte strecken wollte.

Schröders Wortbruch

Bundeskanzler Schröder hat noch im Februar dieses Jahres verkündet: „Ich stehe dafür, daß die Renten steigen wie die Nettoeinkommen.“ Jetzt, nur vier Monate später, will er von seinem Versprechen nichts mehr wissen und manipuliert die Renten nach Gutdünken. Schröder zerstört damit das Vertrauen der Menschen in die Verlässlichkeit der Rente, und er gefährdet die Reformfähigkeit und die Reformbereitschaft der Bürger.

Aussetzung der Rentenangleichung

Bisher waren die Rentenanpassungen im Osten höher als im Westen, weil sich auch die Löhne in den neuen Bundesländern günstiger entwickelten. Dadurch wurde

Auch für die Rente gilt: Reformen muß man richtig machen

eine schrittweise Angleichung der Ostrenten an die Westrenten erreicht. Wenn die Renten dagegen nur noch entsprechend der Inflationsrate steigen, geht die Schere zwischen Ost- und Westrenten wieder weiter auf. Das Ziel einer langfristigen Angleichung rückt damit in weite Ferne.

Zusätzliche Belastung durch Ökosteuer

Die Rentner werden durch die sogenannte Ökosteuer zusätzlich belastet: Ein durch-

Rentenpolitik

IST VERTRAUENSACHE

**auch FÜR DIE RENTE GILT:
REFORMEN
MUSS MAN RICHTIG MACHEN**

**Rentenpolitik ist Vertrauenssache.
Die Rente muß verlässlich und berechenbar sein
– für Jung und Alt.**

Diesem Grundsatz ist die CDU immer gefolgt.

Wenn sich der Altersaufbau der Bevölkerung verändert, muß die Rentenversicherung angepaßt werden. Denn sonst werden die Beitragszahler überlastet und ein Abbau der Arbeitslosigkeit verhindert. Deshalb hatte die Regierung Helmut Kohl in die Rentenformel einen sogenannten demographischen Faktor eingebaut: Die zusätzlichen Lasten, die sich aus der steigenden Lebenserwartung ergeben, sollten gerecht auf Rentner und Beitragszahler verteilt werden.

Dadurch wären die Renten nicht gesunken, jedoch etwas langsamer angestiegen – und zwar um durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte pro Jahr. Die Rentner hätten auf diese Weise einen Beitrag zur Sicherung des Generationenvertrages geleistet.

Schwächung des Generationenvertrages

Mit der Rentenreform der Regierung Helmut Kohl wären die eingesparten Mittel ausschließlich den Beitragszahlern zugute gekommen und hätten den Generationenvertrag gestärkt. Die Regierung Schröder weicht von diesem Kurs ab und steckt die Hälfte des Sparbetrages aus den willkürlichen Rentenkürzungen in die Bundeskasse. Das bedeutet: Haushaltssanierung auf dem Rücken der Rentner.

Die CDU steht für verlässliche Rentenpolitik

Die CDU steht zu ihrem Wort: Wir wollen die Rentenversicherung umgestalten, damit sie auch den heutigen Arbeitnehmern eine verlässliche Rente im Alter sichern kann. Diese Reform muß jedoch im Einklang mit den Grundsätzen unserer Rentenversicherung stehen: faire Beiträge für die Arbeitnehmer, ein finanziell gesicherter Ruhe-

stand, nettolohnbezogene Rentenanpassungen und ein gerechter Ausgleich zwischen Jung und Alt.

„Wortbruch und Willkür sind keine Grundlage für eine Rentenreform. Die CDU Deutschlands fordert eine Rückkehr zu Vernunft und Gerechtigkeit in der Rentenpolitik – im Interesse der jungen und der alten Menschen.“

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU Deutschlands

schnittlicher Rentnerhaushalt muß bereits während der ersten Stufe der Ökosteuer monatlich rund 20 DM mehr für Strom, Heizöl und Benzin ausgeben. Die nächsten Stufen werden weitere Einschnitte beim Lebensstandard mit sich bringen.

Vor Einführung der Ökosteuer hatte die Schröder-Regierung noch erklärt, daß die Rentner über höhere Rentenanpassungen von der Ökosteuer entlastet würden. Doch die Rentner müssen jetzt zwar Ökosteuer zahlen, haben aber nichts von der Beitragsenkung, weil ihre Rente für zwei Jahre vom Nettolohn abgekoppelt wird. Damit hat die Schröder-Regierung endgültig ihre Glaubwürdigkeit verloren.

-- Aktions-Tips -- Aktions-Tips --

Die Frage der gesetzlichen Altersvorsorge betrifft alle Generationen. Insoweit sind Diskussionen über die Rentenpolitik immer generationsübergreifend zu führen. Wahr ist aber auch, daß sich bei diesem Thema vor allem diejenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger angesprochen fühlen, die entweder kurz vor dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben stehen oder aber bereits Renten beziehen.

Die Union hat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland alle großen Sozialreformen maßgeblich vorangetrieben und gestaltet. Dabei hat sie immer ihre Politik auf Konsens mit den demokratischen Parteien des Bundestages angelegt. Gerade bei den Renten muß die Politik besondere Sorgfalt, Sachlichkeit und Verlässlichkeit walten lassen. Die Union hat sich immer an diese Prinzipien gehalten, und so das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erhalten.

Die Schröder-Regierung hat diese Tradition gebrochen und setzt auf Willkür statt auf Verlässlichkeit. Mit der Rentenaktion will die CDU den Bürgerinnen und Bürgern dieses Verhalten vor Augen führen. Zugleich wollen wir aber auch unsere Alternativen deutlich akzentuieren.

Die folgenden Aktions-Tips sollen Ihnen Anregungen für die Umsetzung der Renten-Kampagne geben. Sicher sind sie nicht umfassend, so daß Sie Ihren Ideen freien Raum zur Umsetzung lassen.

Lassen Sie uns gemeinsam erfolgreich diese Aktion durchführen. Viel Erfolg.

■ Aktionen

Verteilen des Briefes

Die von der CDU-Bundesgeschäftsstelle kostenlos den Kreisverbänden zur Verfü-

gung gestellten Rentnerbriefe unseres Vorsitzenden, Wolfgang Schäuble, müssen möglichst rasch zu den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern kommen. Insoweit bietet sich die Hausverteilung an. Denn mit Sicherheit wissen die Mitglieder jedes Ortsverbandes, wo vornehmlich ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wohnen.

Darüber hinaus bietet sich eine Verteilung bei Besuchen in Seniorenheimen sowie Seniorentreffs an.

Gesprächsoffensive: CDU trifft...

...Senioren: In vielen CDU-Verbänden finden regelmäßige Seniorentreffs statt. Diese werden oft von der Senioren Union durchgeführt. Bei diesen Veranstaltungen läßt sich sehr gut über die aktuellen Rentenfragen diskutieren. Sofern bei Ihnen noch keine regelmäßigen Senioren-Veranstaltungen stattfinden sollten, bietet sich für die CDU wie für die Senioren-Union nunmehr ein guter Anlaß, derartige Zielgruppenveranstaltungen ins Leben zu rufen.

Dabei sollten Sie beachten, daß sich für Seniorenveranstaltungen die Vormittage (Seniorenfrühstück) und die Nachmittage (Kaffeetrinken) eignen.

Veranstalter: CDU, SU

Indes gibt es in fast jedem Ortsverband z.B. von den Kirchengemeinden regelmäßige Seniorenveranstaltungen, an denen sicherlich auch CDU-Mitglieder teilnehmen. Diese Einrichtungen sollte die CDU nutzen und bei den Veranstaltungen eine Diskussion über Rentenfragen anregen. Dort sollte auch ein CDU-Sozialexperte als Gesprächsteilnehmer zur Verfügung stehen.

...Seniorenbeiräte: Die CDU lädt den örtlichen Seniorenbeirat und/oder das lokale Seniorenbüro zu einem Gespräch über die Zukunft der Rente ein. Dort werden auch die Auswirkungen der rot-grünen Rentenpläne auf die Situation der älteren Menschen vor Ort diskutiert.

Veranstalter: CDU, SU

...Sozialverbände: Mit den örtlichen Sozialverbänden (z.B. Caritas, Diakonie, VdK, Reichsbund etc.) und Seniorenverbänden diskutiert die CDU über die unterschiedlichen Rentenkonzepte von Rot-Grün und der Union. Sprechen Sie auch die Versicherungältesten der Bundesversicherungsanstalt vor Ort an. Bei den Gesprächen sollen vor allem auch die Anregungen der Verbände aufgenommen werden.

Veranstalter: CDU, CDA, FU, SU

...Tarifpartner: Wichtige Gesprächspartner zum Thema Rente sind Arbeitgeber und Gewerkschaften. Greifen Sie bei diesen Gesprächen auch Grundsatzfragen der sozialen Sicherung auf, z.B. Betriebsrenten.

Veranstalter: CDU, MIT, Wirtschaftsrat, CDA

...die junge Generation: Das Thema Rente ist immer auch ein Thema für die junge Generation. Denn nicht nur als Zahler in die Rentenversicherung, sondern auch mit Blick auf die spätere Rente erwarten junge Menschen klare und überzeugende Antworten.

Veranstalter: CDU und JU

Canvassing

Die Rentenaktion muß auch bei Straßenaktionen, an Canvassingständen und bei Ferienaktivitäten (z.B. „Sommerfest der Generationen“) ein Thema sein. Ziel muß es sein, möglichst viele Menschen bei dieser Aktion zu erreichen. Als themenbezogenes Material stehen Faltblatt, Flugblatt,

ein Aktionsplakat und die „Garantiekarte“ zur Verfügung. Die Gesprächsatmosphäre läßt sich gerade jetzt in den Sommermonaten an Infoständen verbessern, wenn auch alkoholfreie Erfrischungsgetränke angeboten werden. An Stehtischen können so in sachlicher Atmosphäre die Gespräche geführt werden.

■ Weitere Serviceleistungen

Bei allen Aktivitäten – egal ob bei Gesprächen oder Straßenaktionen – weisen Sie bitte die Bürgerinnen und Bürger auf unsere Renten-Hotline **01805/61 61 61** hin.

Unter dieser Rufnummer erhalten Sie vom:

**August bis 30. September jeweils
montags bis freitags
zwischen 9.00 Uhr und 19.00 Uhr**

Auskünfte zur Rentenpolitik.

Darüber hinaus gibt es weitere Informationen über unseren **Fax-Abwurf 0228/544400** und unser **Internetangebot www.cdu.de**. Selbstverständlich bietet auch das CDU-InfoNet für Funktions- und Mandatsträger zusätzliche Argumentationshilfen.

■ Medienarbeit

Vergessen Sie bei allen Aktivitäten nicht, die örtlichen Medien darüber zu informieren. Sofern Sie mehrere Veranstaltungen planen, bietet es sich an, diese Aktivitäten im Rahmen eines Pressegesprächs vorzustellen.

Darüber hinaus informieren Sie die Medien stets rechtzeitig vor einer Veranstaltung und laden diese auch zu den Veranstaltungen ein (Zeitungen, Anzeigenblätter, privater Hörfunk etc.).

Sofern kein Medienvertreter bei einer Veranstaltung anwesend war, fassen Sie die Ergebnisse in einer Pressemitteilung zusammen. Diese Pressemitteilung muß spätestens am Tag nach der Veranstaltung in der Redaktion vorliegen. ■

So kann man mit Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, nicht umgehen

Die Kürzung des Rentenniveaus würde viele Rentnerinnen und Rentner zu Sozialhilfeempfängern machen. Bei Frauenrenten von durchschnittlich 900 Mark im Monat wird dies besonders deutlich. So darf man mit Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, nicht umgehen.

SPD Wahlprogramm 1998

Wir haben eine ganz klare Position: Wir werden einer Absenkung des Rentenniveaus widersprechen.

Rudolf Scharping in SR 1 „Info-Zeit“ am 22. Mai 1997

Ich halte nichts von einer staatlich finanzierten und von politischen Parteien und Parlamentsmehrheiten abhängigen Grundrente oder Grundsicherung.

Rudolf Scharping in ZDF-Spezial am 11. November 1997

SPIEGEL: Haben Sie auch bei der Rentenversicherung die Parteilehre verinnerlicht? Oskar Lafontaine will die von der Koalition beschlossene Absenkung des Rentenniveaus rückgängig machen. Sie auch?

Schröder: Ich sage, es ist bezogen auf Witwen, die eine Durchschnittsrente zwischen 900 und 1200 Mark haben, schlicht unanständig.

Gerhard Schröder im Spiegel am 9. März 1998

Ich glaube nicht, daß man die Absenkung der Renten machen muß, wenn man es schafft, die versicherungsfremden Leistungen herauszunehmen.

Gerhard Schröder im Spiegel am 9. März 1998

Wir werden dafür sorgen, daß die Renten sicher bleiben.

SPD-Grundsatzprogramm (Berlin 1989/Leipzig 1998) am 17. April 1998

Wir werden Rentenkürzungen nicht mitmachen, die auf Dauer dazu führen, daß alte Menschen nach einem langen Erwerbsleben auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Oskar Lafontaine in einer Rede vor dem Vdk am 15. März 1998

Damit es am 1.1.1999 nicht zur beschlossenen Rentenkürzung kommt, wird die SPD-geführte Bundesregierung unmittelbar nach Amtsübernahme ein „Rentenkorrekturgesetz“ beschließen:

Gerhard Schröder im Startprogramm der SPD-geführten Bundesregierung am 20. August 1998

So sah es die SPD noch im letzten Jahr

Aufgrund dieser Rentenstrukturreform der SPD-geführten Bundesregierung wird der Beitragssatz nach Berechnungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Jahr 2030 um rund 2 Prozentpunkte niedriger liegen als nach bisheriger Rechtslage.

Gerhard Schröder im Startprogramm der SPD-geführten Bundesregierung am 20. August 1998

Kohl und Blüm haben die Rentner auf 64 Prozent von 70 Prozent gesetzt, wollen das durchsetzen. Das betrifft insbesondere jene ältere Frauen, die häufig im Krieg ihre

„Der Kaschmir-Kanzler – Betrug an Rentnern und Arbeitslosen“

SPD-Wahlkampf vor einem Jahr: Aufbruch ist angesagt. Die Wahlen gewinnen die Genossen vor allem mit einem Versprechen an die Wähler: Gerechtigkeit. SPD – die Partei des sozialen Fortschritts, die Kraft des Neuen. Wahlkampflogans wie aus der Waschmittelwerbung. Doch jetzt stellt sich heraus, wo vor der Wahl sozial draufsteht, ist nach der Wahl unsozial drin.

Beispiel 1: Renten

Außen soziale Verpackung, innen das Sparpaket. Das Versprechen ist gebrochen. Verkehrte Welt: Die Reichen und Leistungsfähigen werden von Rot-Grün verwöhnt. Durch seinen Wahlbetrug spart Schröder bei den Renten rund 4 Milliarden Mark pro Jahr.

Beispiel 2: Wohnen

Das SPD-Wahlprogramm, Überschrift Gerechtigkeit, verspricht ausdrücklich, soziales Mietrecht zu verteidigen, Wohnrecht

Männer verloren haben und ihre Kinder alleine durchgebracht haben. Denen an die Rente zu gehen, das ist nicht nur sozial ungerecht, das ist unanständig, meine Damen und Herren, und deswegen werden wir das korrigieren.

Gerhard Schröder in einer Wahlkampfreda in Cottbus am 4. September 1998

Eine derartige Reform wird ihren Namen verdienen - anders als die Rentenkürzungen und die weiteren sozialen Einschnitte, die wir noch in diesem Jahr aussetzen, um

zu verbessern. Die versprochene Wohngelderhöhung – verschoben. Drei Millionen Menschen, die Wohngeld erhalten, werden wieder einmal vertröstet. Doch verschoben wird nicht nur die Wohngelderhöhung. Schröder spart zusätzlich zwei Milliarden Mark Wohngeld ein. Die sollen jetzt die Kommunen übernehmen.

Beispiel 3: Arbeit

Vor der Wahl warb der Kanzler noch um Verständnis für die Armen. Laut Finanzminister Eichel erhöht das Sparpaket den Anreiz zur Aufnahme von Arbeit. Die Sozialdemokraten sparen damit über 8 Milliarden bei den Arbeitslosen. Das ist genau die Summe, die jetzt den Unternehmen als Steuersenkung zugeschoben wird. Gerhard Schröder, der Kanzler der Bosse, – offensichtlich hat er seine Wahl getroffen. Rentner oder Arbeitslose sind nicht mehr wichtig.

aus: Monitor (ARD), 1. Juni

Raum für wirklich zukunftsfähige Lösungen zu schaffen.

Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung am 11. November 1998

Es ist unehrlich, einerseits die Kürzung des Rentenniveaus zu verdammen, um sie andererseits nur wenig später selbst zu praktizieren. Das zeugt nicht nur von Konzeptionslosigkeit in der Rentenpolitik, sondern auch von einer Selbstbedienungsmentalität des Staates, der mit diesem Geld Haushaltslöcher stopfen will.

Sächsische Zeitung, 8. Juni 1999

„Garantiekarte“





Millionenfach hat die SPD im Bundestagswahlkampf eine „Garantiekarte“ verteilt, auf der Schröder neun Versprechen macht. „Bewahren Sie diese Karte auf, und Sie werden sehen, daß wir halten, was wir versprechen.“, heißt es dort. Wir haben die Karte aufbewahrt:

- 1 Versprochen: Mehr Arbeitsplätze.
 Aufgedeckt: Durch Rot-Grün 700.000 630-Mark-Jobs weg, Wirtschaftswachstum bei 0,7 % - Schlußlicht in der EU - so schafft man keine Arbeitsplätze.
- 2 Versprochen: Ein Sofortprogramm, das Jugendlichen Arbeit bringt.
 Aufgedeckt: Nur 3.100 echte Arbeitsplätze und 935 Ausbildungsplätze wurden geschaffen. Kosten für das Programm 2.000.000.000,- DM (2 Mrd. DM).
 ... das wird zur Chefsache.
- 3 Versprochen: ... gemacht. Es wird kräftig ...
 Aufgedeckt: ...
- 4 Versprochen: ...
 Aufgedeckt: ...
- 5 Versprochen: ...
 Aufgedeckt: ...

Bewahren Sie diese Karte auf, und Sie werden sehen, daß wir halten, was wir versprechen:
 MEHR ARBEITSPLÄTZE durch die ...
 EIN SOFORTPROGRAMM, das Jugendlichen Arbeit bringt.
 DEUTSCHLAND ... CHEFSACHE ...
 NEUER AUFBRUCH FÜR DIE FRAUENPOLITIK ...
 MEHR STEUERGERECHTIGKEIT ...
 BEZAHMBARE GESUNDHEIT durch ...
 Decken SIE SCHRÖDERS »GARANTIE« AUF!

**VERSprochen -
GEBROCHEN.**



- 6 Versprochen: Neuer Aufbruch in der ...
 Aufgedeckt: Frauen haben in der SPD keine Chance. Alle wichtigen Ämter gingen an Männer: Bundeskanzler, Bundestagspräsident, Bundespräsident, SPD-Parteivorsitz, sämtliche SPD-Kandidaten für Brüssel.
- 7 Versprochen: Mehr Steuergerechtigkeit.
 Aufgedeckt: »Öko«-Steuer belastet Rentner, Pendller und Familien. Nochmal drauf geht's jetzt beim Strom, und Benzin wird 24 Pfennig teurer.
- 8 Versprochen: Bezahlbare Gesundheit.
 Aufgedeckt: Zwei-Klassen-Medizin droht. Durch Globalbudget: Einstieg in die medizinische Versorgung nach Kassenlage.
- 9 Versprochen: Mehr soziale Gerechtigkeit.
 Aufgedeckt: Willkür-Rente, 630-Mark-Gesetz, Regelung zur »Scheinselbständigkeit«, Gesundheitsreform, »Öko«-Steuer: Das ist sozial ungerecht.

Im Bundestagswahlkampf hat die SPD millionenfach eine sogenannte „Garantiekarte“ verteilt, auf der Schröder neun Versprechen macht. „Bewahren Sie diese Karte auf, und Sie werden sehen, daß wir halten, was wir versprechen“, heißt es dort. Wir haben diese Karte aufbewahrt, und wir stellen fest: Die SPD ist nach dem Mozotto vorgegangen „versprochen – gebrochen“.

Lügen HABEN KURZE BEINE.

»Ich stehe dafür, daß die Renten steigen wie die Nettoeinkommen.«

Gerhard Schröder, 17. Februar 1999

01805/61 61 61

DAS **CDU** BÜRGER-TELEFON

Mo. bis Fr. 9-19 Uhr · 0,24 DM/Minute
vom 2. August bis 30. September 99



V.i.S.d.P. CDU-Bundesgeschäftsstelle · 53113 Bonn

»Wir SAGEN, WIE MAN
RENTEN ZUKUNFTSSICHER
MACHT. UND WAS SCHRÖDER
IHNEN NIMMT.«

01805/61 61 61

DAS **CDU** BÜRGER-TELEFON

Mo. bis Fr. 9-19 Uhr · 0,24 DM/Minute
vom 2. August bis 30. September 99

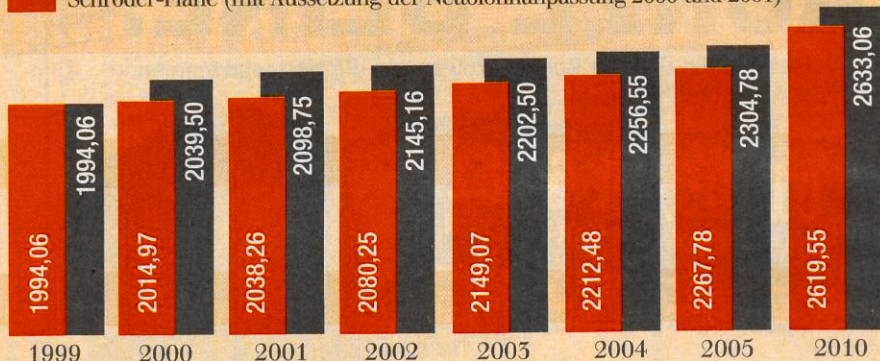
V.i.S.d.P. CDU-Bundesgeschäftsstelle · 53113 Bonn

Musteranzeigen:

2spaltig (55 mm hoch) und 4spaltig (120 mm hoch)

Vergleich der Nettorenten-Entwicklung (West)

- Blüm-Reform (mit demographischem Faktor ab 2001)
- Schröder-Pläne (mit Aussetzung der Nettolohnanpassung 2000 und 2001)

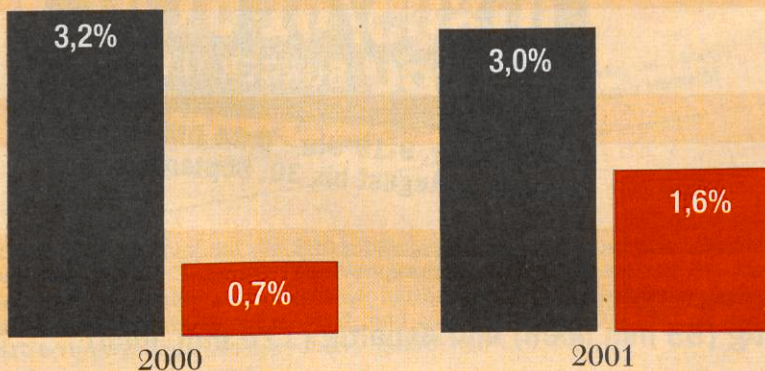


Nettostandardrente in DM, ermittelt als Durchschnitt aus den Monatsrenten vor und nach der Anpassung am 1. Juli des jeweiligen Jahres.

Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger

Vergleich der Rentenerhöhungen 2000 und 2001

- Rentenerhöhung bei Blüm-Reform
- Rentenerhöhung nach Schröder-Plänen



Berufsbildungsbericht 1999

Gute Bilanz der alten Regierung

Zum Berufsbildungsbericht 1999 erklärte der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für berufliche Bildung, Rainer Jork:

Die 1997 eingeleitete positive Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt hat sich auch 1998 fortgesetzt. Die Angebots-Nachfrage-Relation ist erstmals seit der Vereinigung wieder angestiegen, und zwar von bundesweit 96,6 Ausbildungsplätzen pro 100 Nachfragenden im Jahr 1997 auf 98,1 zum 30. September 1998. Dies ist eindeutig ein Erfolg der Politik der alten Bundesregierung, den auch Rot-Grün anerkennen muß. Es fällt im übrigen auf, daß diejenigen, die früher bei jeder Gelegenheit die „große Ausbildungskatastrophe“ beschworen haben, nunmehr in Regierungsverantwortung deutliche Zurückhaltung üben.

Dennoch läßt der Bericht eine Reihe von Fragen offen. Unklar ist vor allem, wie einerseits attraktive Ausbildungsmöglichkeiten für Leistungsstärkere geschaffen, andererseits Chancen für Leistungsschwächere auf eine qualifizierte Berufsausbildung eröffnet werden sollen. Hier ist die Orientierung auf moderne, modular strukturierte Ausbildungsgänge nötig.

Der Bedarf der Wirtschaft sowie die individuelle Eignung müssen in Zukunft stär-

ker als bisher berücksichtigt werden. Frühzeitige Informationen, Beratung und Praxiskontakt sind nötig, um die Jugendlichen rechtzeitig an die Erfordernisse der Berufswelt heranzuführen. Die Berufsausbildung darf kein Fallschirm für Jugendliche sein, die auf Wolke Sieben schwebend die Schule an sich vorüberziehen lassen oder einige Jahre im Studentenstatus parken.

Das teure 100.000-Stellen-Programm der Bundesregierung taugt nur begrenzt für die duale Berufsausbildung, da vor allem betriebsferne Lehrgänge gefördert werden. Es genügt nicht, die Jugendlichen von der Straße zu holen. Entscheidend ist, daß die Maßnahmen wirklich in berufsqualifizierende Ausbildung und schließlich in Beschäftigung münden. Kurzfristig führt das Programm allenfalls zu einer Bereinigung der Arbeitslosenstatistik; langfristig lassen sich die strukturellen Probleme des Arbeits- und Ausbildungsmarktes damit jedoch nicht lösen.

Die Signale, die Rot-Grün z. B. mit der sogenannten Ökosteuer, der Lohnfortzahlung oder den Kündigungsfristen setzt, sind kontraproduktiv und ermutigten die Wirtschaft nicht zur Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze. ■

Auch beim Computerkauf muß ständiges Nachbessern nicht hingenommen werden

Verkäufer von Hard- und Software behalten sich im Kleingedruckten oft ein Recht zur Nachbesserung von Fehlern vor. Wie das Oberlandesgericht Frankfurt (OLG Frankfurt/M. v. 18.8.1998, CI 1999, 10) entschied, ist eine solche Klausel nur wirksam, wenn der Käufer beim Fehlschlagen der Nachbesserung die Ware zurückgeben oder Herabsetzung des Kaufpreises verlangen kann.

Jede Menge politisches Porzellan zerschlagen

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag zum letzten Mal regulär in Bonn getagt. Mit einem Rückblick auf 50 Jahre Demokratie und einem Dankeschön an die Stadt hat sich das Parlament vom Rheinland verabschiedet. Es ist an der Zeit, vor dem Umzug nach Berlin noch einmal Revue passieren zu lassen, was in den Monaten schröderscher Regierungszeit passiert ist und unter welchen Vorgaben wir unsere Arbeit in der Berlin aufnehmen.

Um das Fazit vorwegzunehmen: Es ist in kürzester Zeit jede Menge politisches Porzellan zerschlagen worden, ohne daß zählbare Ergebnisse zustande gekommen sind. Vor allem dem Abbau der Arbeitslosigkeit ist Schröder nicht einen Deut nähergekommen. Zur Erinnerung: Mit schlampigen und schnell gestrickten Koalitionsvereinbarungen startete Rot-Grün

ins Regierungschao. Man nahm Reformen zurück mit dem Argument, die Bürger entlasten zu wollen. Gleichzeitig wurde eine riesige Steuer- und Abgabenkeule aus dem Koalitionsack geholt.

Allein die Energiesteuererhöhung – Schröder nennt es Ökosteuer – trifft insbesondere Familien und den Personenkreis, der

Von Hans-Peter Repnik

keine Sozialversicherungsbeiträge zahlt, also Rentner und Studenten, die keine anderweitige Entlastung erfahren. Für im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen – das ist der größte Teil – ist die Energiepreiserhöhung ein gravierender Wettbewerbsnachteil. Die Regelungen zu 630-DM-Jobs und Scheinselbständigkeit ziehen den Betroffenen das Geld regelrecht aus der Tasche, Arbeitsplätze werden gleich

Keine durchgreifende Trendwende am Arbeitsmarkt in Sicht

Im Juni 1998 verkündete der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, eine Erfolgsmeldung: „Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat sich im Juni wieder außergewöhnlich stark – über das saisonale Maß hinaus – um 122.300 auf 4.075.100 verringert. Im Vergleich zum Vorjahr gab es Ende des Monats 147.000 Arbeitslose weniger.“

Zwölf Monate später stellt der Präsident der Bundesanstalt, Bernhard Jagoda, lediglich eine saisonbedingten

Rückgang der Arbeitslosigkeit fest. Weiter hieß es: „Vom Wirtschaftswachstum kommen zur Zeit keine spürbaren Impulse. Die sich abzeichnende konjunkturelle Belebung wirkt sich noch nicht am Arbeitsmarkt aus. Vor allem dürfte die demographisch bedingte Abnahme des Kräfteangebots die Arbeitslosigkeit weiter gesenkt haben.“

Damit ist die Erfüllung des Wahlversprechens der SPD, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, weiter in die Ferne gerückt.

en gros vernichtet. Das jüngste Schröpfopfer sind die Rentner, deren Einkommen – Wahlversprechen hin oder her – spürbar gekürzt werden. Die täglich neuen Rechenispiele zeigen, wie auch bei diesem Gesetz gepfuscht wurde. Mit statistischen Mätzchen wird nun versucht, die Rentenkürzung schön zu reden. Was Rot-Grün als Steuerreform bezeichnet, schafft keine Impulse für die Wirtschaft und für neue Arbeitsplätze. Das Bündnis für Arbeit dümpelt erfolglos dahin. Mit den Veränderungen im Gesundheitswesen müssen die Bürger Rückschritte in der medizinischen Versorgung hinnehmen.

In der Finanzpolitik hat Lafontaine das Geld aus dem Fenster geworfen. Wenn sein Nachfolger jetzt die Löcher notdürftig zu stopfen versucht, nennt man dies bei Rot-Grün schon Sparprogramm.

Zur Europapolitik: Der Berliner Gipfel zur Agenda 2000 hat das eigentliche Ziel nicht erreicht. Die EU ist nach Berlin nicht besser auf den Beitritt der osteuropäischen Länder vorbereitet als zuvor. Ähnlich schwach ist auch die Bilanz des Kölner Gipfels. Dagegen gerieren sich Kanzler samt Regierungsmannschaft als Gutsherren in Europa. Den europäischen Partnern ist man bereits so gewaltig auf die Füße gesprungen, daß das Haus Europa Schaden genommen hat.

Von dem personalpolitischen Tohuwabohu ganz zu schweigen. Stollmann schmiß vor Amtsantritt die Brocken, Finanzminister und SPD-Parteichef Lafontaine ergriff nach wenigen Monaten die Flucht, und Kanzleramtsminister Hombach wurde auf den Balkan entsorgt.

Notbremse ziehen

Romano Prodi riskiert einen fatalen Fehlstart seiner Kommission, wenn er seine neuen Rechte aus dem Amsterdamer Vertrag nicht wahrnimmt und sich von Bundeskanzler Schröder rot-grüne Kommissare aufzwingen läßt. Nach dem traurigen Ende der letzten Kommission würde das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler erneut erschüttert, wenn der Wahlsieger der Europawahl – die Unions-Parteien – von der Mitwirkung in der Kommission ausgeschlossen würde. Wenn Prodi jetzt auf einen möglichen Einspruch durch das Europaparlament hinweist, dann hat er zwar recht, aber notwendig wäre ein klares Veto durch ihn.

Peter Hintze, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich fordere Herrn Prodi auf, schnellstens die Notbremse zu ziehen.

Egal was Rot-Grün bis zur Sommerpause angefaßt hat, es wurde herumgestümpert, gestritten und nachgebessert. Die Wirkung all dieser schröderschen Gesetzgebungsmaßnahmen ist, wenn sie sich denn überhaupt messen läßt, verheerend. Die Rahmendaten der Wirtschaft weisen nach wie vor nach unten, die Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt in den letzten zwei Monaten sogar gestiegen, die chaotische Politik Schröders schadet Deutschland und diskreditiert ein Stück weit politisches Handeln. Hier müssen wir ansetzen und den Menschen das Vertrauen zurückgeben, daß es die Union besser kann. ■

Bündnis macht Front gegen Gesundheitsreform

18 Körperschaften, Institutionen und Verbände des Gesundheitswesens in Hessen wollen eine Diskussion über die umstrittene Gesundheitsreform anstoßen. Nach Ansicht der Beteiligten des „Bündnisses Gesundheit Hessen 2000“ wird die Reform schwerwiegende Folgen für die Versorgung der Patienten haben.

Kein guter Tag für Patienten und Mitarbeiter im Gesundheitswesen

Aus Anlaß der 1. Lesung der GKV-Gesundheitsreform 2000 im Deutschen Bundestag erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann:

Kanzler Schröder hält die in den Bundestag eingebrachte Gesundheitsreform für „einen großen Wurf“ und für „ungemein patientenfreundlich“. Wie weit weg von der Realität muß man eigentlich sein, um zu so einer Fehleinschätzung zu kommen. Es muß doch auch an das Ohr des Kanzlers dringen, wenn sich alle Beschäftigten des Gesundheitswesens plus DAG und ÖTV zu einem Bündnis für Gesundheit 2000 zusammenschließen, um vor den Folgen dieser Gesundheitsreform warnen. Mitnichten handelt es sich lediglich um ein paar „wild gewordene“ Ärzte- und Zahnärztfunktionäre, die um ihre Pfründe fürchten, sondern hier werden berechtigte Sorgen über eine Gefährdung der Behandlungsqualität der Patienten geäußert.

Die neben der Realität liegende Einschätzung Schröders, die von seiner Ministerin Fischer geteilt wird, hat natürlich Methode. Es geht beiden lediglich um die Irreführung der Bevölkerung. Denn wie in anderen Bereichen handelt die Koalition auch im Gesundheitswesen anders, als sie spricht. Viele hehre Ziele werden formuliert, der konkrete Inhalt des Gesetzes ist dann (leider) ein völlig anderer.

Entgegen allen Beteuerungen führt dieser Gesetzentwurf zu einem zentralistischen Gesundheitswesen, zu einem Übermaß an Bürokratie, zu staatlichem Dirigismus und über die Budgetierung zu einer schleichenden Rationierung.

Daneben wird das zentrale Ziel der Koalition, die Beitragssatzstabilität, nicht er-

reicht. So erwarten die Krankenkassen durch die Reform eine nicht gegenfinanzierte Belastung von 3 Mrd. DM. Außerdem verweisen sie auf eine weitere Lücke von mindestens 1 Mrd. DM als Folge des Solidaritätsstärkungsgesetzes. Die „Rentenkürzungen“ der Koalition führen zu zusätzlichen Einnahmeverlusten von 500 Mio. DM in 1999 und 1,5 Mrd. DM in 2000. Beitragssatzstabilität bleibt daher ein Wunschtraum. Die Beiträge steigen spätestens im Jahr 2000.

Die vorgesehene Budgetierung wird zu Rationierungen führen, da die „Basis Grundlohn“ für die „Berechnung“ des medizinischen Bedarfs der Bevölkerung völlig unzureichend ist. Diese Rationierung wird schleichend sein, weil den Patienten durch die fehlenden Mittel nicht mehr die bestmögliche Diagnostik und die bestmögliche Behandlung zur Verfügung steht. Niemand kann von freiberuflichen Leistungserbringern erwarten, daß sie einen Teil der Behandlungskosten selbst übernehmen. Die Verbesserung der Qualität der Versorgung von Kassenpatienten wird reine Ankündigung bleiben.

Zuteilungsmedizin

Die Integrationsversorgung, die Positivliste und die vorgesehene Form der Stärkung der Hausärzte führen letztlich, im Zusammenhang gesehen, zu einer Zuteilungsmedizin und zu einer schleichenden Beeinträchtigung der freien Arztwahl. Letzteres ist Folge der einseitigen Stärkung der Kassen, die künftig über den Weg der Integrationsversorgung die Möglichkeit erhalten, einzelne Ärzte, Krankenhäuser u.a. „einzukaufen“. Damit leitet die Koalition einen Systemwechsel ein, ohne die Bevölkerung darüber aufzuklären. ■

An Arroganz nicht zu überbieten

Zum Auftritt von Bundeskanzler Schröder anlässlich des Deutschen Bauerntages in Cottbus erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Wieder einmal mehr wurde offensichtlich, welch geringen Stellenwert die deutsche Landwirtschaft bei der Bundesregierung hat. Bundeskanzler Schröders Auftritt war eine Verhöhnung der deutschen Landwirtschaft. Mit platten und unwahren Sprüchen ignorierte er mit kalter Arroganz die von Präsident Sonnleitner vorgetragene berechtigten Existenzängste unserer Bauern.

Während seiner gesamten Ausführungen verschwieg Schröder, daß Rot-Grün den Bundeshaushalt 1999 gegenüber 1998 um 30 Mrd. DM ausgeweitet hat, wovon die Landwirtschaft mit keiner Mark profitiert hatte. Jetzt, wo ein 30 Mrd. DM Loch von Lafontaine gestopft werden muß, kommt es zum Kahlschlag bei der Landwirtschaft.

Schröder spricht andauernd von der Zukunft Deutschlands, aber die Landwirtschaft spielt bei seinen Planungen offensichtlich keine Rolle mehr, denn sonst würde er diesen Wirtschaftszweig in den nächsten 3 Jahren nicht noch einmal in Milliardenhöhe belasten.

Und dies vor dem Hintergrund, daß bereits die Agenda 2000 zu erheblichen Einkommensverlusten, wie er selbst eingestanden hat, führt. Das Angebot von Ministerpräsident Stolpe, über die Kürzungen im Agrarhaushalt nachzudenken, lehnt er selbstherrlich ab. Jetzt muß aber Stolpe beweisen, ob er zu seinem Wort gegenüber den Landwirten steht.

Schröder zeigte mit seinem abschließenden lächerlichen Auftritt als Triumphator die ganze Arroganz seiner Macht, weil er für alle anderen verdeutlichen wollte, wenn ich bei euch arrogant bin, bei den Bauern bin ich arroganter. ■

Schröder-Regierung vernichtet die Erfolge von Jahrzehnten in wenigen Monaten

Die Kritik der Umweltverbände an der Umweltpolitik der Regierung Schröder hat der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik der CDU Deutschlands, Kurt-Dieter Grill kommentiert:

Bundeskanzler Schröder und Bundesumweltminister Trittin haben in acht Monaten das gute Ansehen Deutschlands in Sachen Umweltpolitik zerstört. Deutschland ist vom Vorbild und Spitzenreiter auf den letzten Tabellenplatz abgerutscht. Trittins Auftreten reicht nicht einmal mehr für die Landesliga.

Die Kritik der Umweltverbände, die Schröder-Regierung habe den guten Ruf Deutschlands zerstört, ist eine späte Bestätigung für die Qualität und das Ansehen der deutschen Umweltpolitik im europäischen und globalen Maßstab.

Die Umweltverbände müssen sich allerdings fragen lassen, warum sie heute etwas bestätigen, was im Bundestagswahlkampf noch heftig bestritten wurde. Der gute Ruf, der hier von der heutigen Regierung ruiniert wird, war das Ergebnis der CDU-Umweltminister Klaus Töpfer und Angela Merkel unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl.

Rot-grüner Ausstieg aus der Kernenergie

Verstolpert, verschoben und ohne Gesamtkonzept

Zu dem Entwurf eines Vertrages über den Ausstieg aus der Kernenergie von Bundeswirtschaftsminister Müller stellt der Berichterstatter für Energiefragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Kurt-Dieter Grill fest:

Der für die ersten 100 Tage von der Bundesregierung unter Gerhard Schröder angekündigte Ausstieg aus der Kernenergie ist durch das Verhalten aller beteiligten Minister und des Bundeskanzlers aufgrund mangelhafter Koordinierung verstolpert worden, wird jetzt offensichtlich noch weiter verschoben und erfolgt immer noch ohne ein energiepolitisches Gesamtkonzept.

Aus einer vorläufigen Bewertung des Vertragswerkes, das offensichtlich nur noch von Bundeswirtschaftsminister Müller getragen wird, ergibt sich folgendes:

Der Vertrag wäre:

- keine Basis für einen Energiekonsens, da die unterschiedlichen Auffassungen zur Nutzung der Kernenergie zwischen Bundesregierung und Betreibern bestehen bleiben.

- kein Ausstieg, sondern ein Auslaufen der jetzigen Generation der Kernkraftwerke in etwa der Zeit, die auch so anzunehmen wäre. Die gesetzlichen 40 Vollastjahre werden bestätigt.

- keine unumkehrbare Entscheidung, da der Vertrag auch kündbar ist und etwa neue dritte Energieproduzenten daran nicht gebunden sind, ebenso wie eventuell die 20 Prozent der restlichen Kernenergieerzeugungskapazitäten.

- keine Lösung für die Probleme der Energieversorgung, weil er das Auslaufen

der Kernenergie festschreibt, ohne daß ein zukunftssicheres Konzept für eine klimaverträgliche Energiepolitik vorliegt, das klarstellt, wie Kernenergie in der Grundlast ersetzt wird. Der maximale Beitrag der regenerativen Energien wird bis zum Ende des Vertrages ca. 2025 auf 10 Prozent festgeschrieben und nicht mehr behauptet, erneuerbare Energien könnten die Kernenergie ersetzen.

- eine Beschreibung der Selbstverständlichkeiten zur Anwendung von Gesetzen und im übrigen eine Bestätigung, daß die Kernenergie in Deutschland auf höchstem Sicherheitsniveau arbeitet. Dies ist eine Schutzklausel gegen Trittin.

- eine Verschiebung der Endlagerfragen in die nächste Generation.

- kein Konzept für die Erhaltung des Energieproduktionsstandortes Deutschland und damit der Arbeitsplätze, weil ein verbindlicher Ersatz an den bisherigen Standorten nicht zugesagt wird.

- eine Absage an eine Energierechtsnovelle und eine Öffnung des Weges zur Fusion von deutschen Energieversorgern im europäischen Maßstab.

Schadet den Arbeitsplätzen

Eine weitere Verzögerung grundsätzlicher Entscheidungen über die Energiepolitik in Deutschland schadet der Wirtschaft und den Arbeitsplätzen, aber auch den Klimazielen Deutschlands und der Europäischen Union. ■

Energiepolitik ohne ideologischen Bekenntnisstreit

Der Bundesfachausschuß Umwelt- und Energiepolitik der CDU hat in seiner konstituierenden Sitzung am 21. Juni den Koordinator der Energiepolitik der CDU, Kurt-Dieter Grill, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Zu seinen Stellvertretern wählten die Mitglieder des Bundesfachausschusses den umweltpolitischen Sprecher der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Uwe Goetze MdB, und die Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten in Hessen, Dr. Herlind Gundelach.

Der Bundesfachausschuß begreift sich als kreative umwelt- und energiepolitische Ideenwerkstatt der CDU. Er sieht es als seine Hauptaufgabe an, durch die Entwicklung geeigneter Konzepte dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auf allen Gebieten der Politik zum Durchbruch zu verhelfen, um die Erde angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und einer hiermit verbundenen rapide anwachsenden Belastung der Natur lebenswert erhalten zu können. Daher gehört zu den Arbeitsschwerpunkten des Bundesfachausschusses die Konzeption von Nachhaltigkeitsstrategien auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene. Hierzu wird sich der Bundesfachausschuß unter anderem mit Fragen eines erweiterten nationalen wie internationalen Klimaschutzes und einer umweltschonenden Mobilität auseinandersetzen.

Einer der großen Herausforderungen der Zukunft besteht darin, die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit ausreichender und bezahlbarer Energie – unter bestmöglicher Schonung der Umwelt – zu gewährleisten. Der Bundesfachausschuß hat sich vor diesem Hintergrund die Entwicklung eines nachhaltigen Energiekonzeptes „Energie mit Zukunft“ zum Ziel gesetzt. Dabei wird sich der Bundesfachausschuß nicht auf einen ideologischen Bekenntnisstreit um den Ausstieg aus der Kernenergie beschränken, sondern in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen Fragen zum Schutz von Klima und Umwelt, zu Chancen und Risiken der Kernenergienutzung und zum Potential sowohl erneuerbarer Energien als auch fossiler Energieträger einbeziehen.

Viele der heute im Vordergrund stehenden umwelt- und energiepolitischen Probleme haben zunehmend einen internationalen oder gar globalen Charakter. Die Umwelt- und Energiepolitik der Europäischen Union steht vor diesem Hintergrund vor großen Herausforderungen. Gleichzeitig muß dementsprechend diesem Politikbereich vor allem innerhalb der Europäischen Volkspartei eine angemessenere Bedeutung zuerkannt werden. Daher fordert der Bundesfachausschuß die Europäische Volkspartei auf, im Rahmen der Gestaltung ihrer Arbeit eine eigenständige Arbeitsgruppe Umwelt und Energie einzurichten.

Unsere

Elektronischen

Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Kulturpolitischer Kongreß in Weimar

Unsere reiche Kulturlandschaft soll möglichst viele zum Teilhaben und Mitmachen anregen

Unter dem Motto „Kulturstaat Deutschland – Verfassungsauftrag im Alltag“ fand am 2. Juli im Kongreßzentrum von Weimar das Zukunftsforum Kulturpolitik der CDU Deutschlands statt. Gut 400 Teilnehmer hatten sich in der renovierten Weimarahalle der Kulturstadt Europas 1999 eingefunden, um nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden des Gesprächskreis Kultur der CDU, Norbert Lammert, die Rede von Wolfgang Schäuble zu hören.

In seinem Referat „Umbruch der Kulturlandschaft – neue Aufgaben für die Politik“ setzte sich der Parteivorsitzende zunächst mit der Bedeutung der Kultur für Mensch und Gesellschaft sowie mit den wichtigsten Grundlinien kultureller Entwicklung auseinander. Kultur sei Bestandteil jeder individuellen Sinnstiftung; der Kulturstaat wolle eine sinnstiftende Kulturlandschaft.

„Der Mensch begreift oder fühlt zumindest, daß alle Güteransammlungen sein Leben nicht grenzenlos machen kann. Also sucht er nach einer anderen Sinnerfüllung in der ihm verbleibenden Zeitspanne. Er wird im kulturellen Sinne tätig. Ich denke wir können sagen, daß Kultur Bestandteil jeder individuellen Sinnstiftung ist.“

Die immer individuellere Gestaltung von Lebensläufen, zunehmende Mobilität, der Trend hin zur „Event-Kultur“ mit entsprechender Kommerzialisierung des Kulturbetriebes sowie die unbegrenzten Reproduktions- und Rezeptionsmöglichkeiten

durch die elektronischen Medien hätten diese Kulturlandschaft für Künstler und Kulturinteressierte nachhaltig verändert. Anschließend zeigte Wolfgang Schäuble die angemessenen politischen Reaktionen auf diese Herausforderungen auf. Dazu gehörten Sicherung und Ausbau von kulturfreundlichen Rahmenbedingungen ebenso wie die Schaffung von wirkungsvollen Anreizen für mehr bürgerschaftlichen Engagement in Form von Ehrenämtern oder Stiftungs- und Mäzenatentum. Angesichts der neuen technologischen Möglichkeiten müsse sich der Staat auch

Für eine Volkspartei ist es unerlässlich, allen Teilen der Bevölkerung Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen.

seiner Erziehungsaufgabe stellen, d.h. er müsse sowohl die Lesekultur als auch die Medienkompetenz als die entscheidende Ausdrucks- und Verarbeitungsfähigkeit der jungen Generation fördern. Nur so könne ein Kulturstaat wie die Bundesrepublik Deutschland eine reiche und sinnstiftende Kulturlandschaft schaffen, die möglichst viele Menschen zum Teilhaben und Mitmachen anregt.

Die anschließende Diskussionsrunde, die vom sächsischen Wissenschaftsminister Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer moderiert wurde, widmete sich vornehmlich der

Kulturpolitik auf kommunaler Ebene. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, Berlins Kultursenator Peter Radunski sowie die Stuttgarter Kulturbürgermeisterin Dr. Iris Magdowski berichteten von ihren vielfältigen Anstrengungen, trotz knapper öffentlicher Kassen und manchen verwaltungstechnischen Zwängen ein attraktives Kulturangebot für die Bevölkerung zu erbringen. Dr. Manfred Beilharz vom Theater der Bundesstadt Bonn sowie Prof. Dr. Franz Müller-Heuser, Präsident des Deutschen Musikrates sowie Vorsitzender des Deutschen Kulturrates, konnten diese Bemühungen von Seiten der Kulturschaffenden her interessant kommentieren und beleuchten.

Frischer Wind

Mehr von landespolitischen Themen geprägt war die Rede von Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen. Vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung seines Landes auch und gerade auf kulturellem Gebiet konnte Vogel insbesondere am Beispiel der Kulturstadt Weimar erläutern, wie sehr auch mit Hilfe der Kulturförderung frischer Wind in Stadt und Land eingezogen sei. Möglichen finanziellen Einschnitten in die reichhaltige Kulturlandschaft Thüringens, wie sie zur Zeit auf Bundesebene von der Regierung Schröder vorgenommen werden, erteilte Vogel eine klare Absage.

Mit Kultusminister Dieter Althaus stand ein weiterer prominenter Vertreter der Landesregierung bereit, um das zweite Forum „Kulturpolitik in der Informationsgesellschaft“ sachkundig zu moderieren.

Eindruckvoll konnte dabei Dr. Ingrid Hamm, die Leiterin des Bereichs Medien der Bertelsmann Stiftung, erläutern, wie sehr insbesondere das Internet die Nutzungsmöglichkeiten von Informationsangeboten aller Art revolutioniert und den



KULTURSTAAT DEUTSCHLAND VERFASSUNGSAUFRAG IM ALLTAG

Informationszugang zugunsten von weiterer Demokratisierung erleichtert habe. Als Vertreter der klassischen Medien und Vermittlungsformen konnten Roland Ulmer vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Prof. Dr. Christoph Stölzl vom Deutschen Historischen Museum in Berlin und MDR-Intendant Prof. Dr. Udo Reiter dieser Diagnose zustimmen. Das gemeinsame Bestreben der unterschiedlichen Anbieter von Informations- und Unterhaltungsmöglichkeiten müsse es in Zukunft sein, trotz aller ökonomischen Zwänge ein qualitativ möglichst hochwertiges Angebot zu präsentieren.

Mitten im Leben

Diese Forderung konnte sich auch Generalsekretärin Angela Merkel in ihrer abschließenden Ansprache zu eigen machen. Es sei für eine Volkspartei wie die CDU unerlässlich, allen Teilen der Bevölkerung Zugang zu kulturellen Angeboten der verschiedensten Richtungen zu ermöglichen. Auch die Kulturarbeit müsse „mitten im Leben“ sein, um ihre identitäts- und sinnstiftende Wirkung voll entfalten zu können. ■



Bundespräsident Roman Herzog hat am 30. Juni dem Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ottfried Hennig, das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Aushändigung der Auszeichnung fand am 2. Amtssitz des Bundespräsidenten in der Villa Hammer Schmidt in Bonn statt. Ottfried Hennig hat sich als langjähriger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen und beim Bundesministerium für Verteidigung, als Oppositionsführer im Landtag des Landes Schleswig-Holstein und in seiner jetzigen Funktion herausragende Verdienste erworben.

Foto: bonn-sequenz

Nutzen Sie unser InfoNet

Eine immer wichtigere Rolle für unsere parteiinterne Kommunikation spielt der Dialog über das InfoNet. Für den Zugang brauchen Sie eine Zugangskennung. – Info unter: 02 28/5 44 3 08 (Telefon) oder 02 28/5 44 9 17 (Fax).

Kohl-Rede als Broschüre

Die Rede des Bundeskanzlers a.D. Helmut Kohl in der letzten Sitzung des Deutschen Bundestags „50 Jahre Demokratie. Dank an Bonn“ wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Broschüre herausgegeben.

Die Zustimmung wächst von Wahl zu Wahl

● OB-Wahl in Pirmasens

Am 22. Oktober 1998 konnte der CDU-Kandidat Josef Krekeler die Urwahl im ersten Wahlgang mit 57,6 Prozent der Stimmen für sich entscheiden.

● OB-Wahl in Kaiserslautern

Am 7. März 1999 konnte der CDU-Kandidat Bernhard Deubig die Urwahl im ersten Wahlgang mit 50,7 Prozent der Stimmen für sich entscheiden.

● OB-Wahl in Frankenthal

Am 13. Juni 1999 konnte der CDU-Kandidat Theo Wieder die Urwahl im ersten Wahlgang mit 54,3 Prozent der Stimmen für sich entscheiden.

● OB-Wahl in Zweibrücken

Am 27. Juni 1999 konnte der CDU-Kandidat Dr. Jürgen Lambert die Urwahl in der Stichwahl mit 54,6 Prozent der Stimmen für sich entscheiden.

Die Zustimmung der CDU in Rheinland-Pfalz steigt unaufhaltsam.

Die absoluten Wählerzahlen belegen eine deutliche Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Land zugunsten der Union. Hatten bei der Landtagswahl 1996 noch 860.847 Bürgerinnen und Bürger der CDU ihre Stimme gegeben (CDU: 38,7%), unterstützen jetzt, bei der Europawahl 1999, 936.990 Rheinland-Pfälzer die CDU (CDU: 50%). Das sind 76.143 mehr Bürgerinnen und Bürger, die wollen, daß die CDU die stärkste politische Kraft ist. Bei

der Kommunalwahl stimmten 854.815 Wähler für die CDU, rund 20.800 mehr als vor fünf Jahren.

● Kommunalwahl 1999

In fast allen rheinland-pfälzischen Kreistagen und Stadträten ist die CDU bei der Kommunalwahl zur stärksten Kraft geworden. Das vorläufige amtliche Endergebnis sieht die CDU mit 46 Prozent 9,9 Prozentpunkte vor der SPD. Aus der Europawahl ging die Union in Rheinland-Pfalz mit 50 Prozent der Stimmen hervor.

In Ludwigshafen kippte die seit 1946 gehaltene SPD-Mehrheit. Die Union liegt dort mit 43 Prozent vor der SPD.

In Kaiserslautern legte die CDU um 11,4 Prozent auf 46,9 Prozent zu.

In Koblenz ging die CDU mit 50 Prozent aus der Kommunalwahl hervor. Sie legte 7,2 Prozent zu.

● **Christoph Böhr:** *Die Arbeit der CDU vor Ort hat überzeugt. Rund 160 eigene Wahlkampfveranstaltungen haben gezeigt, daß die CDU in Rheinland-Pfalz fit ist. Wir sind auf einem guten Weg. Vor zwei Jahren habe ich gesagt, daß sich die CDU auf den Weg zum Bürger macht. Allein in diesem Jahr ging die Union im Land weit über 250.000 mal „von Tür zu Tür“. Das sind mehr als eine Viertel Million Gespräche und Hausbesuche. Mit ihrem Dialogkonzept hat die CDU in Rheinland-Pfalz die Zeichen der Zeit erkannt und sich neuen Formen politischer Kommunikation geöffnet. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben.*

Top, Thüringen! Top mit Bernhard Vogel

Mit lang anhaltendem Beifall dankten die Delegierten und Gäste des 11. Landesparteitags Bernhard Vogel für seine kämpferische Rede, mit der er die Thüringer Union auf die bevorstehende Landtagswahl einstimmte.

Zu Beginn seiner Rede zog der Landesvorsitzende eine kurze Bilanz: „In den zehn Jahren seit dem Fall der Mauer haben sich die Thüringerinnen und Thüringer an die Spitze der jungen Länder gearbeitet.“ Als Ziel formulierte Vogel: „Wir wollen auf der Überholspur bleiben. Wir wollen uns den Platz unter allen Ländern Deutschlands erobern, den wir ohne Teilung, ohne Stacheldraht, ohne Sozialismus längst eingenommen hätten!“

Deshalb komme es darauf an, Arbeit zu schaffen, die Infrastruktur weiter auszubauen, leistungsfähige Schulen und Hochschulen zu entwickeln, Recht und Ordnung zu sichern, die Thüringer Identität zu stärken sowie Chaoten und Extremisten zu stoppen.

„Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir so stark werden, daß ohne uns und gegen uns nicht regiert werden kann. Wir kämpfen um jeden der 44 Wahlkreise“, formulierte der Landesvorsitzende.

Heftig attackierte Bernhard Vogel die SPD in Thüringen. Sie werde, wenn es das Wahlergebnis am 12. September zulasse, keinen Moment zögern und sich mit der PDS verbünden. Als „Eiertanz“ bezeichnete er das Verhalten des SPD-Landesvorsitzenden in dieser Frage. „Sagt vor der Wahl, was Ihr nach der Wahl macht“, so die Forderung an die SPD im Freistaat.

Im weiteren Verlauf seiner Rede stellte Bernhard Vogel seine Mannschaft vor:

„Die Wähler sollen nicht nur unser Programm für die nächsten fünf Jahre kennen, sondern auch unser personelles Angebot.“

Zur Mannschaft gehören: Dieter Althaus, Birgit Diezel, Jürgen Gnauck, Christian Köckert, Dr. Michael Krapp, Christine Lieberknecht, Dr. Frank-Michael Pietzsch, Professor Dagmar Schipanski, Franz Schuster, Dr. Volker Sklenar und Andreas Trautvetter.

Zum Schluß folgte der Appell an die Delegierten: „Ich bitte Sie eindringlich: Laßt

11. Landesparteitag

uns mit allen Kräften und mit vollem Einsatz in den nächsten Wochen kämpfen!“

Generalsekretärin Angela Merkel ging in ihren Ausführungen auf das sogenannte „Sparpaket“ der rot-grünen Bundesregierung ein. „Weil Oskar Lafontaine im letzten Jahr 30 Milliarden Mark mehr ausgegeben hat als wir, müssen nun die Rentner dafür mit einer Rente nach Kassenlage büßen.“

Es sei fatal, wenn eine Bundesregierung ihre Arbeit beginne und sage „Ihr könnt Euch immer auf uns verlassen“ und dann ihre Versprechen nicht einhalte. Für den Landtagswahlkampf sicherte die Generalsekretärin den Thüringer Freunden die Unterstützung der Bundespartei zu.

Im Anschluß an die Reden der Generalsekretärin und des Landesvorsitzenden befaßte sich der Parteitag mit dem Landtagswahlprogramm. Der Erste Stellvertretende Landesvorsitzende, Kultusminister Dieter Althaus, unter dessen Leitung der Leitungs-



trag des Landesvorstands erarbeitet wurde, stellte das Papier vor.

„Die Zusage“, so der Titel, legt ausführlich und detailliert die politischen Konzeptionen dar, mit denen

die Union den Freistaat in den nächsten fünf Jahren weiter voranbringen will.

Das Landtagswahlprogramm wurde von den Delegierten einstimmig verabschiedet. „Die Zusage“ bildet nun das Programm, mit dem die Thüringer Union in den Landtagswahlkampf ziehen wird.

Die Landtagswahl in Thüringen ist eine bedeutende Richtungswahl – so die Botschaft des Parteitags. Am 12. September entscheidet sich, ob Thüringen rot-rot regiert wird oder ob der Union von den Wählerinnen und Wählern wiederum das Vertrauen ausgesprochen wird.

Damit es in Thüringen weiter aufwärts geht! – dafür gilt es, in den nächsten Wochen zu kämpfen.

Scharping bagatellisiert die Einschnitte

Der Verteidigungsminister ist nicht dazu bereit, die volle Wahrheit über die anstehenden Einschnitte bei der Bundeswehr zu sagen.

Nach den Plänen des Finanzministers soll die Bundeswehr in den nächsten vier Jahren knapp 20 Milliarden Mark einsparen. Damit würde die Bundeswehr ruiniert. Auf der Hardthöhe herrscht Rat- und Konzeptionslosigkeit.

Neue Chancen

Paul Breuer, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich erwarte, daß das sog. „30-Milliarden-Sparpaket“ der Bundesregierung im Zuge der weiteren Beratungen auseinanderbricht. Hier entstehen neue Chancen, die der Verteidigungsminister nutzen muß. Er muß für die Bundeswehr kämpfen und auf die Barrikaden gehen.

Absolute Mehrheit in Erfurt

In der Freude über die bundesweiten Wahlergebnisse der letzten Wochen ist etwas untergegangen: die erdrutschartige Veränderung in der Landeshauptstadt Erfurt. Als einzige deutsche Landeshauptstadt verfügt Erfurt über eine absolute Mehrheit der CDU!

Bisher verfügte die CDU-Fraktion im Stadtrat über 17 der 50 Sitze, nunmehr sind es 25. Mit der Stimme des direkt gewählten, stimmberechtigten Ober-

bürgermeisters ergibt sich eine knappe, aber absolute Mehrheit. Die anderen Parteien blieben stabil (PDS 13 Sitze) oder verloren mehr (Grüne vorher 6 Sitze, jetzt nicht mehr vertreten) oder minder (SPD 12 Sitze, vorher 14).

Eine weitere Zahl: Trotz der Verringerung der Zahl der Wahlberechtigten um 4000 und einer um ein Prozent niedrigeren Wahlbeteiligung hat die CDU absolut fast 8.000 Stimme hinzugewonnen.

Bei der CDU findet man sich schnell zurecht

Ob Autofirma, Tanzsportverein oder Zeitung: Wer heute etwas auf sich hält, legt sich eine sogenannte „Homepage“ zu. Das ist eine Art Informations- oder Werbefläche, die auf jedem Computer dieser Welt abgerufen werden kann – vorausgesetzt, er ist ans Internet (World Wide Web oder Web) angeschlossen.

Klar, daß da auch die Parteien ihre Meinung unters Volk der Computernutzer bringen. Die Gemeinsamkeiten der Partei-Seiten sind rasch aufgezählt. Alle stellen Pressemeldungen, die wichtigen Termine, Internet-Adressen der Partei-Organisationen und -köpfe sowie Geschichte und Aufbau der Partei ins Netz. Auf vielen Seiten kann der „User“ sogar schriftlich politische Themen diskutieren.

Fast alle im Bundestag vertretenen Parteien haben schnell und zutreffend auf unsere Test-Anfrage per E-Mail geantwortet. Nur auf ein Lebenszeichen von den Grünen wartet unsere Zeitung bislang vergeblich.

Das Testergebnis: Die eher konservative CDU hat beim fortschrittlichen Internet die Nase vorn. Ihre Seiten sehen nicht nur ansprechend aus, sie sind auch übersichtlich. Auch wer sich noch ungeübt im Internet bewegt, dürfte sich bei den Christdemokraten schnell zurechtfinden – obwohl die Seiten prall gefüllt sind. Eigene Standpunkte werden umfassend unter dem Stichwort „Politik von A-Z“ dargestellt.

Saarbrücker Zeitung, 23. Juni

Bestellschein

FÜR DIE MATERIALIEN ZUR CDU-RENTEN-AKTION

Bertelsmann-Distribution
Lager Schumacher
Frau Raabe
Westkirchener Str. 73

58320 Ennigerloh

Fax: 02524 / 911310

Absender/KV-Nr.:

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

Plz, Ort

Tel. Nr.

Versandanschrift (falls nicht identisch):

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

Plz, Ort





Tel. Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Ja,

ich unterstütze die CDU-Rentenaktion und bestelle hiermit folgende

Materialien gegen Rechnung:

Bestell-Nr.:	Bestell-Menge	Artikel	Preis
2623		Garantiekarte: Versprochen-Gebrochen Decken Sie Schröders „Garantien“ auf Preis: 30,- DM je 500 Expl.	
2624		Faltblatt: Rentenpolitik ist Vertrauenssache Preis: 20,- DM je 100 Expl.	
7621		Aktionsplakat, Format DIN A1: Lügen haben kurze Beine Preis: 30,- DM je 50 Expl.	
7620		Aktionsplakat, Format DIN A0: Lügen haben kurze Beine Preis: 60,- DM je 50 Expl.	

Alle Preis zzgl. MwSt. und Versand

Datum, Unterschrift

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Lügen HABEN KURZE BEINE.

»Ich stehe dafür, daß die Renten steigen wie die Nettoeinkommen.«

Gerhard Schröder, 17. Februar 1999



Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

22/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.